

„Christentum und Islam sind unvereinbar“



Der katholische Publizist und Lehrstuhlinhaber für Christliche Sozialwissenschaften an der Theologischen Fakultät Trier, Prof. Wolfgang Ockenfels (Foto), kann mit Fug und Recht zumindest als „informelles Mitglied“ der „Gesellschaft für deutliche Aussprache“ bezeichnet werden. Es ist immer wieder erfrischend, wie Ockenfels ohne zu verklausulieren auch heikle Sachverhalte in einen verständlichen Kontext stellt und dabei weder die gutmenschliche Presse noch linkskatholische Bedenkenräger zu fürchten scheint.

PI berichtete am 26. April über ein sehr lesenswertes Interview der „Tagespost“ mit dem streitbaren Professor. Darin widerlegte er sehr überzeugend die um sich greifende Haltung des „Mainstream-Christentums“ (egal welcher Konfession), dass sich aus dem Christentum eine Pflicht zur praktisch beliebigen Aufnahme fremder Menschen in bisher christlich geprägten Ländern ableiten ließe. Da uns seine Gedanken nicht mehr los ließen, haben wir Prof. Ockenfels gebeten, ihm noch ein paar zusätzliche Fragen stellen zu dürfen. Gerne hat er eingewilligt und sich dabei auch als gelegentlicher Leser von PI zu erkennen gegeben.

PI: Herr Professor Ockenfels, Sie haben sich in letzter Zeit

deutlich gegen die Vereinnahmung der Katholischen Soziallehre für die Masseneinwanderung von Muslimen aus Afrika verwahrt. Wie reagieren Kirchenhierarchie und Ihre Kollegen auf solche Wortmeldungen?

Ockenfels: Innerkirchlich habe ich einige positive Reaktionen gehört. Aber Kritik von den berufsmäßigen Kritikern, die sich für sehr modern halten, war nicht zu vernehmen. Seit ich verstärkt die Kritiker kritisieren und die notorischen Infragesteller in Frage stelle, verflüchtigt sich die Gegenseite. Sie stellt sich tot. Nur das mit dem Totschweigen funktioniert nicht mehr, seit es das Internet gibt. Leider erweisen sich die kirchlichen und politischen Dialogbeschwörer oft als dialogunfähig, als geistig gelähmt. Sie haben sich in ihren Kommissionen und Gremien abgeschottet und bleiben gemütlich unter sich. Es sind gerade die an die Herrschaft gelangten Progressiven, die sich vor jeder Kritik immunisieren. Diese Herrschaften glauben, das Spiel der achtundsechziger Multikultis endgültig gewonnen zu haben. Die modernen Spießer lassen sich kaum aus der Ruhe bringen, auch wenn man sie heftig provoziert.

Wir leben in einer Gesellschaft, die sich zunehmend leistungs- und tugendfeindlich zeigt, die das Gemeinwohl nur noch als Summe der Einzelinteressen der Bewohner Deutschlands begreift und auch Lebensformen nicht mehr nach ihrem Nutzen für die Gesellschaft bewertet und fördert. Gleichzeitig findet ein nie dagewesener demographischer Niedergang statt. Wie viele Jahre glauben sie, wird sich diese Gesellschaftsform in Deutschland noch am Leben erhalten können?

Mein Gott, Prophet bin ich nicht. Hören wir besser auf die Demographen, die eine deutliche Sprache sprechen. Dem deutschen Volk droht ein rapides Aussterben, eine demographische Katastrophe. Die wird sich durch massenhafte Zuwanderung nicht beheben, sondern nur noch verschärfen lassen. „Sub specie aeternitatis“, also unter dem Blickwinkel der Ewigkeit, den die katholische Kirche als Weltkirche

einnimmt, gibt es ein ständiges Kommen und Gehen der Völker. Das deutsche Volk, wenn es denn seinen eigenen Untergang willig in Kauf nimmt, wird eben abdanken müssen. Aber mit der Abdankung des deutschen Volkes wäre auch ein Verschwinden des Christentums verbunden, wenn an seiner Stelle der Islam expandiert. Der multikulturelle Bevölkerungsaustausch ist stets mit gewaltigen sozialen Konflikten verbunden. Deshalb ist eine massenhafte, unregelmäßige Einwanderung stets auf den Widerstand der Katholischen Soziallehre gestoßen. Nebenbei gesagt: Nach unserem Grundgesetz ist immer noch das deutsche Volk als Volkssouverän anzuerkennen. Ihm obliegt es, sich selber rechtlich und kulturell zu erhalten. Alles andere ist verfassungswidrig und sollte bevorzugter Beobachtungsgegenstand des Verfassungsschutzes sein.

Was kommt danach? Müssen wir „Eingeborenen“ und auch die Christen insgesamt damit rechnen, zukünftig eine Rolle, vergleichbar der der Indianer in Nordamerika zu spielen?

Die Indianer Nordamerikas wurden weitgehend ausgerottet, wie Sie schon bei Karl May nachlesen können. Dieser Massenmord geschah nicht im Namen des Christentums, sondern im Namen des modernen Fortschritts. Die Islamisten werden uns nicht physisch ausrotten, denn sie brauchen uns ja noch, vor allem unser technisches Know-how. Aber sie werden uns kolonisieren, wie es ihnen partiell mit der Übernahme der Scharia bereits gelungen ist. Von den christlich-jüdischen und humanistischen Wurzeln unserer abendländischen Kultur bleibt kaum eine Spur, wenn wir uns nicht aktiv für sie einsetzen.

Jahrzehntelang hat sich das bürgerliche Lager damit abgefunden, dass die 68er ihre gesellschaftspolitische Agenda Schritt für Schritt „bis zum Endsieg“ in Deutschland umsetzten. So kam es zu „Homoeh“, Gender Mainstreaming und der Ächtung des Hausfrauen-Daseins. Die Regel-Doppelstaatsbürgerschaft bei Menschen mit Migrationshintergrund, das Kommunalwahlrecht für nahezu alle Ausländer und das gleichberechtigte Adoptionsrecht für

Homosexuelle werden wohl nach einem zu erwartenden Regierungswechsel 2013 folgen. Glauben Sie, dass die Union irgendwann einmal wieder den Ehrgeiz an den Tag legen wird, solche Fehlentwicklungen korrigieren zu wollen – oder muss jede solche Grenzverschiebung als dauerhaft akzeptiert werden?

Sie haben bereits einige wichtige Punkte genannt, die unsere lustvolle Selbstzerstörung hinreichend markieren. Wir brauchen keinen äußeren Feind, der uns zu Grunde richtet, das bringen wir schon selber fertig. Ein Volk, das seinen eigenen Nachwuchs bereits im Mutterleib hinrichtet, hat keine Zukunft. Uns fehlen heute genau die Millionen Kinder, die wir „rechtswidrig, aber straffrei“ haben abtreiben lassen. Eine politische Partei, auch wenn sie das „C“ in ihrem Namen trägt, hat nichts als den eigenen Untergang verdient, wenn sie nicht entschiedener gegen diesen Missbrauch vorgeht.

Ist es demzufolge nicht ein „Muss“ für Wertkonservative, sich endlich außerhalb der CDU zu organisieren? So lange sich die CDU auf FDP-, SPD- und GRÜN-kompatibel trimmen muss, um mitregieren zu dürfen, sind doch von der Union keine Impulse mehr zu erwarten. Hinzu kommt, dass Leute wie Norbert Röttgen Konservative in der CDU als eine aussterbende Spezies betrachten.

Wenn Herr Röttgen dieser Meinung ist, trete ich gern aus seiner Partei aus, die dann nicht mehr meine Partei ist. Herr Röttgen hat noch in die Windeln gemacht, als ich Mitglied dieser traditionsreichen, von gläubigen Christen wie Adenauer und Erhard glaubwürdig repräsentierten Partei wurde. Doch „wohin soll ich mich wenden?“, kann ich da nur mit einem alten Kirchenlied fragen. Frau Merkel wie Herr Röttgen können mir gestohlen bleiben, wenn sie das „C“ nicht mehr bewahren wollen. Eine Partei mit dem „C“, die das Christliche nicht mehr bewahren will, betreibt Etikettenschwindel.

Wird es irgendwann gelingen, eine konservative Sammlungspartei ins Leben zu rufen, die man nicht gleich wieder unter dem

Vorwand unziemlicher Äußerungen Einzelner in den Verfassungsschutzbericht befördern wird? Die Grünen entkamen dem Verfassungsschutz maßgeblich auch deshalb, weil sie Sachverhalte thematisierten, deren Wichtigkeit zumindest unerschwerlich von der Gesellschaft akzeptiert wurde.

Aber was heißt hier konservativ? Was will man bewahren? Das ist die ungelöste Frage der Konservativen. Ich bin nicht geneigt, alles Mögliche, was die Vergangenheit uns hinterlassen hat, auch zu erhalten. Ganz im Gegenteil: Heute bedeutet „konservativ“ vor allem, gegen den Zeitgeist, gegen den Mainstream anzugehen. Und dies mit Berufung auf den Geist unseres Grundgesetzes, das wirkungsgeschichtlich aus dem Christentum hervorging. Vielleicht bequemen sich unsere Politiker und auch die Verfassungsschützer einmal, den Verfassungstext genau zu studieren. Etwa den Artikel 1, der die unantastbare Würde des Menschen, und den Artikel 6, der den besonderen Schutz von Ehe und Familie hervorhebt. Was wir brauchen, ist eine Verfassungspartei, die den ursprünglichen Sinn unseres Grundgesetzes wiederherstellt. Die Verfassung darf nicht unter der Hand durch willkürliche Interpretation in ihr Gegenteil verkehrt werden. Wenn einem unsere Verfassung nicht gefällt, soll er sie durch Mehrheitsbeschluss verändern – oder auswandern. Aber diesen semantischen Trick mit der Uminterpretation finde ich widerlich.

Wie hätte die Kanzlerin Ihrer Ansicht nach auf die von Thilo Sarrazin angestoßene Diskussion zur Islamisierung und möglichen Selbstauslöschung des deutschen Volkes reagieren sollen?

Die Dame hätte vielleicht einmal dieses Buch lesen sollen, bevor sie es in Bausch und Bogen ablehnte. Natürlich gibt es da einiges zu kritisieren. Aber wichtiger als die Sarrazin-Lektüre ist für eine Bundeskanzlerin wohl die Lektüre des Grundgesetzes, auf das sie vereidigt wurde. Verständlich ist es schon, wenn sie nicht ständig mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen will. Sie ist eben in der „DDR“ sozialisiert

worden. Nun ist sie aber dem „deutschen Volk“ verpflichtet, dem eigentlichen Souverän unseres Staates und seiner „neuen Ordnung“. Inzwischen ist das „deutsche Volk“ völlig aus der politischen Rhetorik und Praxis verschwunden. Der Souverän spielt keine Rolle mehr. Er wird verdrängt durch eine bunte Bevölkerung, die europäisch aufgesogen, aber nicht kulturell und rechtlich verdaut wird. Das ist ein eklatanter Verrat an unserer Verfassung.

Glauben Sie, dass es, so lange die großen Kirchen in Deutschland durch die Kirchensteuer alimentiert werden, zu einer christlichen Renaissance kommen wird? Immerhin sinkt die Zahl der Taufen drastisch. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Kinder noch stärker ab, die in ihrer Kindheit emotional von Erwachsenen an das Christentum herangeführt werden, was vielleicht das wichtigste Element in der Glaubensweitergabe darstellt.

Da sprechen Sie einen wunden Punkt der Kirche in Deutschland und den deutschsprachigen Kirchen Europas an. Schlimm wäre es, wenn deren Bestand und Wirksamkeit von staatlichen Unterstützungen abhängig wären. Denn europaweit zeichnet sich eine zunehmende Entfremdung zwischen Kirche und Staat ab. Die christlichen Kirchen werden immer mehr mit den muslimischen Gemeinschaften gleichgestellt. Aber während diese missionarisch expandieren, verlieren die Kirchen an öffentlicher Bedeutung. Zu dieser Säkularisierung und Entchristlichung haben die Kirchen, auch die katholische, selber beigetragen. Von Rom, also von der Weltkirche aus betrachtet, sieht die Sache allerdings nicht so dramatisch aus.

Wie wirkt auf Sie, dass vor drei Wochen der frühere Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Reinhold Robbe, in einer evangelischen Kirche in Berlin seinen Lebensgefährten „geheiratet“ hat? Wohin entwickelt sich der deutsche Protestantismus? Wird der Graben zwischen der Katholischen und Evangelischen Kirche wieder tiefer werden?

Ich gratuliere Herrn Robbe zu seinem späten Glück, wenngleich ich bezweifle, dass es von langer Dauer ist. Sollen sie leben, wie sie wollen. Aber für eine gleichgeschlechtliche Verbindung auch noch die Kirche oder sogar den Staat in Anspruch zu nehmen, halte ich für eine Perversion. Die Kirche kann aus einer alten Sünde kein neues Sakrament machen. Und der Staat sollte sich davor hüten, die programmierte Kinderlosigkeit auch noch zu prämiieren. Der Artikel 6 unseres Grundgesetzes bevorzugt Ehe und Familie. Wer dieses Privileg verallgemeinert, wer es ausdehnt auf alle möglichen Partnerschaften, schafft es ab. Die staatlich finanzierte und kirchlich eingeseignete Homoehe ist ein Signal für die Selbstabschaffung von Kirche und Staat.

Würden Sie zustimmen, dass es eigentlich vordringliche Aufgabe jedes Christen und erst recht Pfarrers wäre, Muslimen, die bei uns leben, das Christentum nahe zu bringen? Immerhin müsste doch deren Seelenheil auf dem Spiel stehen, wenn sie sich aus der muslimischen Irrlehre nicht lösen?

Es gibt einen allgemeinen christlichen Missionsauftrag. Wer den leugnet, ist kein Christ mehr. Die allgemeine Religions- und Meinungsfreiheit gibt den Christen und anderen Religionen in unseren Breiten auch jede Freiheit, für ihre Glaubenswahrheit zu werben. Die Christen hierzulande machen nur wenig Gebrauch davon. Wir sind selber ein Missionsland geworden, das der Missionare aus anderen Ländern dringend bedürftig ist. Andererseits ist bei uns die Konversion von Muslimen mit großen Risiken verbunden. Und die christliche Mission in muslimischen Staaten ist so gut wie unmöglich. Dabei ist die Religionsfreiheit ein Prüfstein für alle anderen Freiheiten.

Könnten Christen bei der Abwendung der Islamisierung Europas eine Rolle spielen oder sind sie – sozusagen als Gefangene der Bergpredigt – nicht im Prinzip dazu gezwungen, zumindest alle Elenden dieser Welt aufzunehmen?

Mit der Bergpredigt lässt sich keine Politik machen. Das meinte schon Bismarck, und das ist auch Auffassung der seriösen Bibelwissenschaft, zu der Heiner Geißler jedenfalls nicht gehört. Die Bergpredigt gehört nicht zur Gesetzesethik, sondern zur radikal endzeitlichen Liebesethik Jesu, deren Erfüllung Glaube und Gnade bei den einzelnen voraussetzt. Staatlich erzwingbar soll dieses Handeln jedenfalls nicht sein. Was wir daraus lernen können: Gewaltminimierung auf jeden Fall. Und dass wir die Fremden, die schon im Land sind, menschlich behandeln. Aber alle Armen dieser Welt einzuladen, ihre angestammte Heimat zu verlassen, um in die reichen Länder einzuwandern: Das hätte Jesus bestimmt nicht gewollt. Er war gewiss kein Anarchist. Erst recht hat er Moral und Recht, Politik und Religion nicht miteinander vermischt, wie es im Islam der Fall ist. Christentum und Islam sind unvereinbar.

Wie könnte eine Balance zwischen dem Streben des Einzelnen nach Selbstverwirklichung und einer wieder an ihrer Zukunftsfähigkeit interessierten Gesellschaft aussehen? Was müsste sich ändern in unserem Land?

Die modernen Ideologien des Westens haben abgewirtschaftet. Individualismus und Kollektivismus, Kapitalismus wie Sozialismus sind gescheitert. Wir müssen erneut einen Dritten Weg zwischen diesen Extremen suchen. Die Soziale Marktwirtschaft war so ein Dritter Weg – und für lange Zeit sehr erfolgreich in Deutschland. Wir müssen die Zehn Gebote wieder entdecken und die klassischen Tugenden praktizieren. Damit können wir die aktuellen Krisen besser bewältigen. Mit Selbstverwirklichung auf Kosten anderer ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Und ein Leben auf Pump ist Diebstahl an den späteren Generationen.

Herr Professor Ockenfels, wir danken Ihnen für das Interview.

» Email an Prof. Wolfgang Ockenfels: ockenwol@uni-trier.de